



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Florian Ritter, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen SPD**

Nachtragshaushaltsplan 2016;

hier: Erhöhung der Mittel für die Finanzierung neuer Planstellen für Regierungsräte, Sozialpädagogen, Krankenpfleger/-schwestern in den Justizvollzugsanstalten (Kap. 04 05 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) bei Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter) werden zur Finanzierung von 10 neuen Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), 35 neuen Planstellen der BesGr A 9 (Sozialinspektor, Sozialinspektorin) und 38 neuen Planstellen der BesGr A 7 (Krankenpfleger, Krankenschwester) 551,0 Tsd. Euro mehr ausgebracht.

Damit erhöht sich der im Tit. 422 01 bereitgestellte Betrag von 194.162,5 Tsd. Euro um 650,0 Tsd. Euro auf 194.812,5 Tsd. Euro.

Die neuen Planstellen werden von den Antragstellern in ihrem Änderungsantrag zum Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015/2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016) beantragt.

Die Einstellungen auf die neuen Planstellen sollen zum 1. Oktober 2016 erfolgen.

Begründung:

Die tatsächliche Belegung der bayerischen Justizvollzugsanstalten mit Gefangenen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Im Hinblick auf die steigenden Haftsachen und Verurteilungen wegen Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz und wegen Schleuserkriminalität ist ein weiterer Anstieg der Gefangenenzahlen in der Untersuchungshaft und Strafhafte zu erwarten. Immer mehr Gefangene werden also von immer weniger JVA-Bediensteten betreut und behandelt. Die Aufstockung des Personals in allen Funktionen in den Justizvollzugsanstalten ist daher begründet. Es werden daher 10 neue Stellen für Regierungsräte, Regierungsrätinnen, 35 neue Stellen für Sozialpädagogen, Sozialpädagoginnen und 38 neue Stellen für Krankenpfleger, Krankenschwestern beantragt.

Im Rahmen des Integrationspakets hat die Staatsregierung beschlossen, 50 neue Stellen für den Justizvollzug, davon 10 Stellen für Psychologen und Psychologinnen, auszubringen. Dies ist eine begrüßenswerte Personalmehrung, die jedoch nicht ausreicht, so dass die oben genannten weiteren Stellen von den Antragstellern beantragt werden.